Stenographischer Bericht

49. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

IV. Periode — 17. Oktober 1960.

Inhalt:

Personalien:

Entschuldigt wird die Abwesenheit des 1. Präsidenten Ökonomierat Josef Wallner und der Abgeordneten Dr. Emmerich Assmann, Hans Brandl und Hans Wernhardt (949).

Auflagen:

Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses, Beilage Nr. 96, über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 78, Gesetz über die Wahl des Steiermärkischen Landtages (Landtags-Wahlordnung 1959);

Antrag der Abgeordneten Gottfried Ertl, Matthias Krempl, Karl Lackner und Dr. Alfred Rainer, Einl.-Zahl 416, auf Übernahme des Straßenzuges Eselsberg—Pöllau am Greim—St. Peter am Kammersberg als Landesstraße;

Antrag der Abgeordneten Gottfried Ertl, Oswald Ebner, Matthias Krempl und Karl Lackner, Einl.-Zahl 417, auf Übernahme des Straßenzuges Ort Neumarkt—Bahnhof Neumarkt—Bahnübersetzung Zeutschach als Landesstraße;

Antrag der Abgeordneten Oswald Ebner, Matthias Krempl, Karl Lackner und Dr. Alfred Rainer, Einl.-Zahl 418, auf Übernahme des Gemeindeweges St. Ilgen—Bodenbauer als Landesstraße;

Antrag der Abgeordneten Dr. Josef Pittermann, Dr. Emmerich Assmann, Ing. Hans Koch, Franz Wegart und Johann Neumann, Einl.-Zahl 419, betreffend Übernahme des Gemeindeweges Sankt Andrä im Sausal—Höch—Kitzeck—Fresing als Landesstraße;

Antrag der Abgeordneten Dr. Emmerich Assmann, Dr. Josef Pittermann, Franz Wegart, Franz Koller und Johann Neumann, Einl.-Zahl 420, betreffend die Übernahme des Gemeindeweges, welcher östlich der Bahnlinie Graz—Spielfeld im Gemeindegebiet der Stadt Leibnitz die beiden Landesstraßen Nr. 332 und Nr. 149 in nordsüdlicher Richtung verbindet, als Landesstraße;

Antrag der Abgeordneten Dr. Emmerich Assmann, Dr. Josef Pittermann, Franz Wegart, Franz Koller und Johann Neumann, Einl.-Zahl 421, betreffend die Übernahme des Gemeindeweges Wagna von der Einmündung der Landesstraße Nr. 149 durch den Ort Wagna zur Einmündung der Landesstraße Nr. 148 als Landesstraße (494).

Zuweisungen:

Anträge, Einl.-Zahlen 416, 417, 418, 419, 420 und 421, der Landesregierung (950).

Anträge:

Resolutionsantrag der Abgeordneten Dr. Richard Kaan, Dr. Anton Stephan, Adalbert Sebastian und Edda Egger, betreffend jugoslawische Forderung auf Ausfolgung von steirischen Archivalien;

Antrag der Abgeordneten Gottfried Brandl, Franz Koller, Alois Lafer und Ferdinand Berger auf Tausch des Landesstraßenstückes Vorau—Wenigzell, Landesstraße Nr. 31, vom km 0'155 bis 3'795 gegen eine bei obigem km beginnende bzw. einmündende gut grundierte Gemeindestraße mit einer Länge von ca. 4'10 km;

Antrag der Abgeordneten Alois Lafer, Franz Koller, Gottfried Brandl und Ernst Pichler, betreffend Übernahme der Gemeindestraße Petersdorf I über Gutendorf, Kapfenstein als Landesstraße (950).

Verhandlungen:

Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses, Beilage Nr. 96, über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 78, Gesetz über die Wahl des Steiermärkischen Landtages (Landtags-Wahlordnung 1959).

Berichterstatter: Abg. DDr. Artur Freunbichler. (950).

Redner: Abg. Dr. Kaan (951), Abg. DDr. Hueber (952) und Landesrat Sebastian (953).

Annahme des Antrages (955).

Beginn der Sitzung: 11.05 Uhr.

2. Präsident **Operschall**: Hoher Landtag! Ich eröffne die 49. Sitzung des Steiermärkischen Landtages und begrüße alle Erschienenen, besonders die Mitglieder des Bundesrates.

Da der 1. Präsident Ökonomierat Josef Wallner erkrankt ist, werde ich ihm namens des Steiermärkischen Landtages die besten Genesungswünsche übermitteln und nehme Ihre Zustimmung hiezu an.

Entschuldigt haben sich: 1. Präsident Josef Wallner, Abg. Dr. Assmann, Abg. Wernhardt, Abg. Hans Brandl.

Mit der Einladung zu dieser Landtagssitzung habe ich bekanntgegeben, daß wir uns heute mit Zuweisungen und mit dem Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses, Beilage Nr. 96, über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 78, Gesetz über die Wahl des Steiermärkischen Landtages befassen werden.

Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat über die in der letzten Landtagssitzung aufgelegte Beilage Nr. 95, die seinen Bericht über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 78, enthielt, noch weitere Beratungen durchgeführt. Das Ergebnis dieser Beratungen ist in der heute aufliegenden Beilage Nr. 96 enthalten.

Mit dieser Gesetzesvorlage können wir uns heute aber nur bei Abstandnahme von der 24stündigen Auflagefrist befassen.

Ich nehme die Zustimmung zu dieser Tagesordnung und zur Abstandnahme von der 24stündigen Auflagefrist an, wenn kein Einwand erhoben wird. (Pause.) Es wird kein Einwand erhoben.

Außer der Beilage Nr. 96 liegen folgende Geschäftsstücke auf:

der Antrag der Abgeordneten Gottfried Ertl, Matthias Krempl, Karl Lackner und Dr. Alfred Rainer, Einl.-Zahl 416, auf Übernahme des Straßenzuges Eselsberg—Pöllau am Greim—St. Peter am Kammersberg als Landesstraße;

der Antrag der Abgeordneten Gottfried Ertl, Oswald Ebner, Matthias Krempl und Karl Lackner, Einl.-Zahl 417, auf Übernahme des Straßenzuges Ort Neumarkt—Bahnhof Neumarkt—Bahnübersetzung Zeutschach als Landesstraße;

der Antrag der Abgeordneten Oswald Ebner, Matthias Krempl, Karl Lackner und Dr. Alfred Rainer, Einl.-Zahl 418, auf Übernahme des Gemeindeweges St. Ilgen—Bodenbauer als Landesstraße;

der Antrag der Abgeordneten Dr. Josef Pittermann, Dr. Emmerich Assmann, Ing. Hans Koch, Franz Wegart und Johann Neumann, Einl.-Zahl 419, betreffend Übernahme des Gemeindeweges Sankt Andrä im Sausal—Höch—Kitzeck—Fresing als Landesstraße;

der Antrag der Abgeordneten Dr. Emmerich Assmann, Dr. Josef Pittermann, Franz Wegart, Franz Koller und Johann Neumann, Einl.-Zahl 420, betreffend die Übernahme des Gemeindeweges, welcher östlich der Bahnlinie Graz—Spielfeld im Gemeindegebiet der Stadt Leibnitz die beiden Landesstraßen Nr. 332 und Nr. 149 in nordsüdlicher Richtung verbindet, als Landesstraße;

Der Antrag der Abgeordneten Dr. Emmerich Assmann, Dr. Josef Pittermann, Franz Wegart, Franz Koller und Johann Neumann, Einl.-Zahl 421, betreffend die Übernahme des Gemeindeweges Wagna von der Einmündung der Landesstraße Nr. 149 durch den Ort Wagna zur Einmündung der Landesstraße Nr. 148 als Landesstraße.

Ich weise diese Anträge, Einl.-Zahlen 416, 417, 418, 419, 420 und 421, der Landesregierung zu.

Ich stelle fest, daß gegen diese Zuweisungen kein Einwand vorgebracht wird.

Eingebracht werden folgende Anträge:

der Resolutionsantrag der Abgeordneten Dr. Richard Kaan, Dr. Anton Stephan, Adalbert Sebastian und Edda Egger, betreffend jugoslawische Forderungen auf Ausfolgung von steirischen Archivalien,

der Antrag der Abgeordneten Gottfried Brandl, Franz Koller, Alois Lafer und Ferdinand Berger, auf Tausch des Landesstraßenstückes Vorau—Wenigzell, Landesstraße Nr. 31, vom km 0'155 bis km 3'975 gegen eine bei obigem km beginnende bzw. einmündende gut grundierte Gemeindestraße mit einer Länge von ca. 4'10 km,

der Antrag der Abgeordneten Alois Lafer, Franz Koller, Gottfried Brandl und Ernst Pichler, betreffend Übernahme der Gemeindestraße Petersdorf I über Guttendorf, Kapfenstein als Landesstraße.

Nun gehen wir zum einzigen Tagesordnungspunkt über.

Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses, Beilage Nr. 96, über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 78, Gesetz über die Wahl des Steiermärkischen Landtages.

Berichterstatter ist Abg. DDr. Artur Freunbichler. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Freunbichler**: Sehr geehrte Damen und Herren! In der 2. Republik wurde erst-

malig am 10. März 1957 der Steiermärkische Landtag auf Grund der Landtagswahlordnung 1956 unter Verwendung des sogenannten „amtlichen Stimmzettels“ gewählt. Die Erfahrungen, die bei der erstmaligen Handhabung dieses amtlichen Stimmzettels gemacht wurden, haben den Steiermärkischen Landtag veranlaßt, am 7. November 1957 eine neue Landtagswahlordnung zu verabschieden, die unter der Kurzbezeichnung „Landtagswahlordnung 1957“ derzeit noch in Kraft steht und die nunmehr durch die heute zu beschließende Landtagswahlordnung 1960 ersetzt werden soll.

Der Grund, warum im Hohen Hause heute diese unter Beilage Nr. 78 verzeichnete Regierungsvorlage zur Behandlung steht, ist darin zu suchen, daß in der Zwischenzeit der Bund in der Nationalratswahlordnung 1959 zwar verschiedene Bestimmungen aus der steirischen Landtagswahlordnung 1957, so vor allem auch den amtlichen Stimmzettel übernahm, in diesem Zusammenhang aber auch eine Reihe von weiteren Neuerungen durchführte, die nun im Hinblick auf eine, vor allem bei gleichzeitiger Durchführung von Nationalrats- und Landtagswahlen notwendige Vereinheitlichung im vorliegenden Gesetzesantrag Aufnahme gefunden haben.

Bei diesen Neuerungen handelt es sich im wesentlichen darum, daß nunmehr im Gegensatz zum bisherigen Recht

1. die Kreiswahlvorschläge nicht mehr von 100, sondern von mindestens 200 Wahlberechtigten des betreffenden Wahlkreises unterfertigt sein müssen;
2. der amtliche Stimmzettel auf der Rückseite nicht nur die wahlwerbenden Parteien, sondern nunmehr auch die Namen der betreffenden Kandidaten enthält, wodurch das System der sogenannten „gelockerten Liste“ jetzt auch beim amtlichen Stimmzettel Eingang gefunden hat;
3. die bisherige Bestimmung, wonach jede wahlwerbende Partei zum Schutze der Öffentlichkeit vor nicht ernstlichen Wahlwerbungen eine Kaution von S 10.000— bei der Kreiswahlbehörde zu erlegen hatte, nicht mehr übernommen wurde. Dafür ist jetzt ein Spesenbeitrag für die Kosten des Wahlverfahrens in der Höhe von S 2.000— gleichzeitig mit der Übermittlung des Wahlvorschlages bei der Kreiswahlbehörde zu erlegen;
4. die Sonderbestimmungen für die gleichzeitige Durchführung der Wahl des Nationalrates und des Landtages wurden wesentlich erweitert.

Die heutige Gesetzesvorlage gliedert sich in 7 Hauptstücke und umfaßt insgesamt 102 Paragraphen. Die dazu gehörigen 6 Anlagen beinhalten verbindliche Muster

des Wählerverzeichnisses,
des Wähleranlageblattes,
der Hausliste,
der Wahlkarte,
des Abstimmungsverzeichnisses und
des amtlichen Stimmzettels.

Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat sich mit dieser, ihm durch den Hohen Landtag am 25. Juni 1959 zugewiesenen Vorlage sehr eingehend

auch während der tagungsfreien Zeit beschäftigt und die Regierungsvorlage in etwa 70 Punkten abgeändert. Darüber hinaus wurde auch die Frage der Mitgliederzahl des Landtages besprochen, da bekanntlich unter Berücksichtigung der Bürgerzahl des Landes nach den Bestimmungen des Art. 95 Abs. 4 der Bundesverfassung die bisherige Mandatszahl von 48 auf 56 erhöht werden könnte. Zu einer derartigen Vergrößerung des Landtages, die allerdings auch noch eine Novelle unserer Landesverfassung voraussetzen würde, hat aber weder die Regierung in ihrer Vorlage, noch der Gemeinde- und Verfassungsausschuß bei seinen Beratungen eine Notwendigkeit gesehen, so daß es im heute vorliegenden Gesetzesantrag bei den bisherigen 48 Sitzen im Landtag verbleibt.

Die Frage einer allfälligen Verlängerung der Legislaturperiode von 4 auf 5 Jahre wurde gleichfalls in der Form entschieden, daß es bei der bisherigen, in der Landesverfassung vorgesehenen 4jährigen Gesetzgebungsperiode verbleibt.

Die Erfahrung der Wahlberechtigten und ihre Eintragung in die Wählerverzeichnisse erfolgt nach dem vorliegenden Gesetzesantrag grundsätzlich durch Wähleranlageblätter. Die in der Regierungsvorlage vorgesehen gewesene Erfassung durch die Stimmliste wurde deshalb nicht übernommen, da viele Gemeinden diese Stimmliste nicht fortdauernd geführt und daher auch nicht auf den jeweils geltenden Stand gebracht haben. Nach einer Sonderbestimmung im heutigen Antrag kann jedoch die Erfassung der Wahlberechtigten durch Wähleranlageblätter dann unterbleiben, wenn auf Grund bundesgesetzlicher Vorschriften von den Gemeinden ständige Wählerevidenzen zu führen sind. Die in der Regierungsvorlage vorgesehene Bestimmung, daß in Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern in jedem Haus eine Kundmachung anzuschlagen ist, aus welcher die im Wählerverzeichnis eingetragenen Personen ersehen werden können, wurde durch den Gemeinde- und Verfassungsausschuß dahingehend abgeändert, daß diese Verpflichtung bereits in Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern gesetzlich verankert wird. Es betrifft dies 19 steirische Gemeinden, die nun verpflichtet sind, derartige Hauskundmachungen anzubringen.

Die Ermittlung der Wahlpunkte auf Grund von Reihungen und Streichungen einzelner Kandidaten am amtlichen Stimmzettel wird nicht von den Sprengel- oder Gemeindebehörden, sondern von der Kreiswahlbehörde vorgenommen. Es wurde in diesem Zusammenhang noch die Bestimmung aufgenommen, daß eine derartige Wahlpunktberechnung dann unterbleibt, wenn die Zahl der mit Reihungsvermerken bzw. Streichungen versehenen Stimmzettel weniger als 30% der auf die betreffende wahlwerbende Partei im Wahlkreis entfallenden gültigen Stimmzettel beträgt.

Bezüglich des Termins der Wahlausschreibung hat der Gemeinde- und Verfassungsausschuß den Beschluß gefaßt, die Landesregierung zu ersuchen, die Ausschreibung so rechtzeitig vorzunehmen, daß der Stichtag auf jeden Fall nach dem Tag der Wahlausschreibung zu liegen kommt.

Namens des Gemeinde- und Verfassungsausschusses stelle ich somit den Antrag, der Hohe Landtag

wolle dem Entwurf des Gesetzes über die Wahl des Steiermärkischen Landtages (Landtagswahlordnung 1960) in der heute als Beilage Nr. 96 aufliegenden Fassung die verfassungsmäßige Zustimmung geben.

Abg. Dr. Kaan: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wenngleich es heute keineswegs um eine Sternstunde des Steiermärkischen Landtages geht, denn es steht ja nicht in Frage, daß etwa der Landtag gemeinsam mit dem Nationalrat zur Wahl kommen könnte, so muß ich doch an die Zeit vor vier Jahren erinnern, als auch eine Novellierung der Landtagswahlordnung zur Debatte stand und die ÖVP, meine Partei, majorisiert wurde. Ich erinnere daran deshalb, weil es uns bei der Beratung der heutigen Novelle zur Landtagswahlordnung niemals eingefallen ist, einen solchen Versuch zu unternehmen. Wir nehmen auch die Landtagswahl wie die Demokratie so ernst, daß wir der Meinung sind, eine Landtagswahlordnung soll, wenn irgend möglich, einvernehmlich beschlossen werden. Wir wollten nicht den Versuch unternehmen, und wir wollen auch nicht den Versuch unternehmen, zu majorisieren, wenngleich wir die Mehrheit im Lande haben. (Zwischenrufe bei SPÖ und FPÖ: „Wo denn?“ — „Nicht ganz!“ — „Ihr könnt nicht zählen!“ — „Wahlpropaganda!“ — „Es geht um das 25. Mandat!“) (2. Präsident O perschall: „Das Wort hat Abg. Dr. Kaan!“) Wir haben daher den Regierungsentwurf, betreffend die Novellierung der Landtagswahlordnung in allen Einzelheiten mit den im Hause vertretenen anderen Parteien abgesprochen und sind zu einem vollkommen einvernehmlichen Ergebnis gekommen. Es soll auch so sein, daß alle mit der Landtagswahlordnung einverstanden sind, wenngleich es unerreichbar sein wird, daß alle mit den Ergebnissen der Landtagswahl einverstanden sein werden. (Heiterkeit.)

Wie schon der Herr Berichterstatter hervorgehoben hat, kommt in die Landtagswahlordnung wieder hinein die Möglichkeit der Reihung und Streichung durch die Wähler. Wir erachten dies als wesentlichen Fortschritt, an dem wir immer festhalten wollen, weil die starre Liste dem Wähler tatsächlich nur die Wahl der Partei ermöglicht und nicht die Wahl der Männer. (LR. Maria Matzner: „Und Frauen!“) Im übrigen ist das Ziel der Novelle ein doppeltes: Einerseits in den materiellen Bestimmungen eine Anpassung an die Nationalratswahlordnung, aber andererseits in den formellen Bestimmungen eine Annäherung an die Gemeindewahlordnung, um auch jenen Männern, die mit dem technischen Ablauf der Wahlen beschäftigt sind, den Vorgang zu erleichtern.

Nach meiner Auffassung hat eine Wahlordnung drei grundsätzliche Erfordernissen zu entsprechen: 1. muß sie dem Wähler in aktiver Mitarbeit sein Recht zur Wahl vollends geben, 2. muß sie ihm die Ausübung dieses Rechtes möglichst leicht machen, 3. muß das Wahlergebnis ein echtes und wahres Spiegelbild des Willens der Wähler sein.

Wir sind der Meinung, daß die vorliegende Novelle zur Landtagswahlordnung diesen Erfordernissen entspricht und werden ihr daher die Zustimmung geben. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. **DDr. Hueber**: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren! Die vorliegende Landtagswahlordnung 1960 ist der Abschluß einer gesetzgeberischen Tätigkeit, die man wohl als kleine Wahlreform bezeichnen kann. Sie beinhaltet die Einführung des amtlichen Stimmzettels an Stelle des früheren Parteienstimmzettels.

Wenn wir die vier Jahre, die nun seit der Einführung des amtlichen Stimmzettels zurückliegen, überblicken, so müssen wir wohl sagen, daß der amtliche Stimmzettel sich bewährt hat. Die Voraussagen, die anlässlich der Einführung des amtlichen Stimmzettels gemacht wurden, die ihm eine chaotische Entwicklung prophezeiten, haben sich nicht erfüllt. Es haben sich jene Voraussagen bestätigt, die in der Einführung des amtlichen Stimmzettels einen Fortschritt gesehen haben. Dieser Fortschritt hat sich wohl am besten dadurch dokumentiert, daß der amtliche Stimmzettel auch von einer Reihe anderer Bundesländer übernommen wurde und schließlich auch vom Bund selbst. In der Nationalratswahlordnung hat der amtliche Stimmzettel seine beste und abschließende Form gefunden. Deshalb wurde er in dieser Form auch in die vorliegende Landtagswahlordnung übernommen.

Diese Form des amtlichen Stimmzettels ermöglicht nun auch wiederum das Reihens und Streichen, das bei der Einführung des amtlichen Stimmzettels in der Landtagswahlordnung fallen gelassen wurde. Es wurde beim amtlichen Stimmzettel der Nationalratswahlordnung jene Form gefunden, die ein Reihens und Streichen in der Art einer echten Wählerentscheidung ermöglicht. Sie wissen, meine Damen und Herren, daß das Reihens und Streichen der früheren gelockerten Liste zu sogenannten Streichaktionen geführt hat, wie etwa zum Umdrucken des Parteienstimmzettels mit einem dem Leser kaum sichtbaren Vermerk, daß eine Umreihung durch den Wähler vorgenommen worden sei. Diese Art von Streichaktionen war nichts anderes als eine Duplicierung des Wählers. Die letzte Nationalratswahl hat gezeigt, daß Streichungen, wie sie der Wähler durchgeführt, und zwar bewußt durchgeführt hat, nicht zu Umreihungen der Kandidaten geführt haben. Das Fallen von Kandidaten konnte nur durch Streichaktionen erwirkt werden und hat offenbar nicht dem echten Willen des Wählers entsprochen. Die jetzige Form des Reihens und Streichens verhindert einen solchen Mißbrauch. Das Reihens und Streichen ist damit wiederum ein Recht des Wählers geworden, das nicht beschnitten werden soll und jetzt auch wieder in der Landtagswahlordnung gewährleistet ist.

Ein weiterer Schutz vor Mißbrauch liegt in der Erhöhung der Zahl der Unterstützungsunterschriften, die in Angleichung an die Nationalratswahlordnung auf nunmehr 200 Unterschriften erhöht wurde. Ferner ist der Spesenbeitrag von 2000 S, der ja nicht ein sehr erheblicher ist und die immerhin verfassungsrechtlich bedenkliche Kautionsbestimmung ersetzt, ein gewisser Schutz vor einer nicht ernsthaften oder gar mißbräuchlichen Wahlwerbung.

Wir haben daher diese gesetzgeberische Tätigkeit als kleine Wahlreform bezeichnet. Eine größere

Reform des Wahlrechtes steht gewiß noch aus. Es würde dazu eine bessere Verwirklichung des Verhältniswahlrechtes zählen, wie sie in der steirischen Landtagswahlordnung enthalten ist. Es ergeben sich insbesondere unterschiedliche Wahlzahlen in den vier steirischen Wahlkreisen. Ich darf dazu anführen, daß für den Wahlkreis 1 „Graz und Umgebung“ bei der letzten Landtagswahl vom März 1957 die Wahlzahl 14.871 betragen hat, für den Wahlkreis 2 „Mittel- und Untersteier“ jedoch nur 11.886, für den Wahlkreis 3 „Oststeier“ 11.570 und für den Wahlkreis 4 „Obersteier“ 13.414. Diese unterschiedlichen Wahlzahlen hatten auch eine unterschiedliche Stimmenanzahl für die Mandate zur Folge. So hat die ÖVP für ein Mandat bei der letzten Landtagswahl 13.133 Stimmen benötigt, die SPO 14.113, die FPÖ 15.364 und die KPO ging mit 17.590 Stimmen leer aus. Ich hebe das nicht wegen der KPO hervor. Ich will nur unterstreichen, daß die Einteilung des Wahlgebietes in vier Wahlkreise zu dieser unterschiedlichen Stimmenanzahl für 1 Mandat geführt hat, und es war der Herr Abgeordnete Dr. Kaan, mein sehr geehrter Vorredner, der wörtlich erklärt hat, das Wahlergebnis müsse ein echtes Spiegelbild des Willens des Wählers sein. Es ist zweifellos nicht ein echtes Spiegelbild des Willens der Wähler, wenn durch den Umstand, daß die Wahlzahl in den Wahlkreisen eine verschiedene ist, und durch den Umstand, daß wir überhaupt in der Steiermark vier Wahlkreise haben, es dazu kommt, daß eine Partei wesentlich weniger für 1 Mandat benötigt als eine andere. Dem könnte abgeholfen werden, wenn Steiermark so wie andere Bundesländer, wie z. B. Kärnten, Salzburg und Tirol, einen Wahlkreis bilden würde. Soviel über das Verhältniswahlrecht.

Nicht unmittelbar zur Wahlordnung gehörend, aber damit zusammenhängend wären noch 2 andere Fragen zu erörtern, und zwar: die Frage der Erhöhung der Mandatszahl und die Frage der Verlängerung der Legislaturperiode. Es sind beide Fragen in den Ausschlußberatungen behandelt worden und es ist vielleicht zweckmäßig, auch hier im Hohen Haus kurz darauf zu verweisen. Der Steiermärkische Landtag hat 48 Mandate zu vergeben. Nach der österreichischen Bundesverfassung würden dem Steiermärkischen Landtag 56 Mandate zukommen, weil die Bevölkerungszahl bereits wiederum die Millionengrenze überschreitet. Es haben aber die im Landtag vertretenen Parteien die Mandatszahl 48 als vorläufig ausreichend befunden und es wurde daher kein Antrag gestellt, die Mandatszahl von 48 auf 56 zu erhöhen. Andere Bundesländer haben allerdings eine entsprechende Erhöhung der Mandatszahl im Rahmen der österreichischen Bundesverfassung durchgeführt. Ich möchte nur hervorheben, daß hier wohl nicht Kostenersparungsgründe ausschlaggebend sein können, etwa, um sich die Gebühren für weitere 8 Abgeordnete zu ersparen. Bei aller Sparsamkeit kann das nicht entscheidend sein. Man wird daher diese Frage auch künftighin ins Auge fassen müssen. Man wird überlegen müssen, ob es demokratisch ist, bei der jetzigen Mandatszahl 48 zu verbleiben. Bei der steigenden Bevölkerungszahl ist es sicherlich demokratischer, der steirischen Bevölkerung es zu ermög-

lichen, eine entsprechende Anzahl von Vertretern in das gesetzgebende Haus zu wählen.

Was die fünfjährige Legislaturperiode anbelangt, würden wir Freiheitlichen der Verlängerung der vierjährigen auf eine fünfjährige Legislaturperiode zustimmen, und zwar aus dem Gesichtspunkt der größeren Kontinuität. Es sei gestattet, darauf hinzuweisen, daß unsere Gemeinden eine fünfjährige Amtsperiode haben, daß auch die meisten Bundesländer eine fünfjährige Legislaturperiode haben, in Oberösterreich sogar eine sechsjährige für den Landtag und für die Gemeinden. Wir halten allerdings die sechsjährige Periode als zu lang, würden aber die fünfjährige Legislaturperiode, die auch eine Angleichung an die Funktionsperiode der Gemeinden beinhaltet, als angemessen und richtig beurteilen.

Nicht aber sind wir für eine allfällige Verlängerung, die auch jeweils nur vom gegenwärtigen Landtag für die nächstfolgende Legislaturperiode beschlossen werden könnte, aus dem Anlaß von Wahlzusammenlegungen. Wir sind der Meinung, daß Wahlzusammenlegungen sehr geprüft werden sollen, bevor man eine solche vornimmt. Wir wissen noch alle, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir im Jahre 1956 die vorzeitige Auflösung des Landtages mit Mehrheit abgelehnt haben, um endlich einmal die Landtagswahlen aus dem Sog der Nationalratswahlen herauszubekommen und um der Bevölkerung gegenüber auf die Bedeutung des Landtages und der Landespolitik hinweisen zu können. (LR. Sebastian: „Der Erfolg hat sich auch eingestellt! Sie haben nur mehr die Hälfte der Mandate erhalten!“) Sie wissen, Herr Landesrat Sebastian, daß das Absinken unserer Wählerschaft schon vor dem Jahre 1957 erfolgt ist und daß die Freiheitliche Partei erst im Herbst 1955 gegründet wurde, seither aber eine ständige Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen hat, was Ihnen als LandesparteiSekretär der SPO nicht entgangen sein kann. (Heiterkeit.) Aber all diese Momente sind nicht entscheidend und ich habe das auch sachlich erörtern wollen, dies nicht zuletzt deshalb, weil der Herr Präsident, den Ihre Fraktion gegenwärtig stellt, in der letzten Landtagssitzung die ernste Mahnung an das Hohe Haus gerichtet hat, in Ansehung der kommenden Landtagswahlen aus diesem Hohen Hause keine Wählerversammlung zu machen und die Probleme in sachlicher Art und Weise zu erörtern, was ich bei Ihrem Zwischenruf, sehr geehrter Herr Landesrat, leider vermißt habe. (Gelächter.)

Und nun zum Schluß noch einen Wunsch im Zusammenhang mit der Empfehlung des Herrn Landtagspräsidenten nach sachlicher Behandlung der Probleme, und zwar den Wunsch, daß diese Landtagswahlordnung eine saubere Durchführung der Landtagswahl 1961 ermöglichen möge! Es ist leider so, daß eine Wahlordnung, wenn die gesetzgeberische Tätigkeit sich noch so bewährt hat, gar nicht so gut geregelt sein kann, als daß sie nicht von Ubelwollenden mißbraucht werden könnte. Es liegt unseres Erachtens ganz bei den wahlwerbenden Parteien, daß diese Landtagswahlordnung nicht mißbraucht wird. Es ist selbstverständlich, daß jeder Landtagswahl ein Wahlkampf vorausgeht, wo-

bei vielleicht das Wort „Wahlkampf“ nicht einmal so richtig ist und es glücklicher wäre, von einer Wahlkampagne zu sprechen. (Abg. Dr. Kaan: „Weil das ein Fremdwort ist?“) Und diese „Wahlkampagne“ soll nach unserer Auffassung kein Freistilringen, sondern eine Wahlwerbung und nichts anderes als eine Wahlwerbung sein. Denn, meine Damen und Herren, es werden sich diese Parteien, die hier im Hohen Hause jetzt vier Jahre gearbeitet haben, sich auch nach der Landtagswahl 1961 wieder im Hohen Hause treffen. Es werden diese Parteien wiederum zusammenkommen und, wie es offenbar Wille der Wähler ist, zum Wohle des Landes zusammenarbeiten. Eine solche Zusammenarbeit setzt aber eine saubere, ordentliche Wahlwerbung voraus, eine Wahlwerbung, die nicht zu einem Freistilringen absinkt. Denn ein solcher Wahlkampf würde die gewünschte und erforderliche Zusammenarbeit nicht nur trüben, sondern auch schwer beeinträchtigen. Wir geben daher unserer Erwartung Ausdruck, daß diesmal eine saubere und ordentliche Wahlwerbung vor sich gehen wird und geben in dieser Erwartung der vorliegenden Landtagswahlordnung 1960 gerne unsere Zustimmung. (Beifall bei der FPÖ.)

Landesrat **Sebastian**: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist nicht uninteressant, im Zusammenhang mit der Behandlung der Landtagswahlordnung 1960 das Protokoll zur Hand zu nehmen und nachzusehen, was alles einmal bei der Entstehungsgeschichte des amtlichen Stimmzettels für die Landtagswahlen 1957 gesagt wurde. Das ist eine Unterhaltungslektüre für einen ganzen Abend. Man muß also feststellen, daß damals nicht weniger als 36 Redner, davon 28 oder 29 der ÖVP-Fraktion, zur Frage gesprochen haben, und daß das Hohe Haus zwei Tage beisammen sitzen mußte, um überhaupt zu einer Beschlußfassung zu kommen. (Abg. Wegart: „Es hat sich aber ausgezahlt!“) Abgesehen von Marathon-Reden und Marathon-Vorlesungen, die gehalten wurden, ist es ganz interessant, rückschauend festzustellen, wie an und für sich sehr nüchterne Politiker schnell zu Propheten — ich möchte nicht das profane Wort „Wahrsager“ gebrauchen — wurden. Ich glaube, daß es notwendig ist, diese Superlative zum Negativen noch einmal in Erinnerung zu bringen. Zugleich wurden die Abgeordneten einzeln aufgerufen, um in namentlicher Abstimmung ihren Standpunkt zum amtlichen Stimmzettel darzutun. Der amtliche Stimmzettel ist jetzt zur Selbstverständlichkeit geworden. Er hat seine Bewährungsprobe bei den Nationalratswahlen, bei den Grazer Wahlen, bei den Kärntner Wahlen und den Steirischen Gemeindewahlen abgelegt. Damals aber, als der amtliche Stimmzettel eingeführt werden sollte, hat es geheißen: Der amtliche Stimmzettel wird die Wähler verwirren, er wird den Wahlvorgang erschweren, verlängern, verteuern, verkomplizieren, verbürokratisieren und das Wahlrecht hunderttausender Wähler einschränken. Das war das eine. Der Sprecher der ÖVP hat damals erklärt, wenn wir dieses Gesetz beschließen, werden sie zum Verfassungsgerichtshof gehen. Einer der Herren hat erklärt, man werde bis zur letzten Konsequenz gegen

diesen amtlichen Stimmzettel auftreten. Ein weiterer hat erklärt, es sei eine Vergewaltigung des Wählers, daß man gegen ihren Willen dieses Gesetz beschließen wolle. Gegipfelt hat das darin, daß einer der Herren gesagt hat, der Demokratie wird nunmehr die Schnur um den Hals gelegt, wenn der amtliche Stimmzettel eingeführt wird. Es ist dann dazu gekommen, daß der Antrag gestellt wurde, namentlich abzustimmen, damit die Abgeordneten aufstehen müssen und im Protokoll festgehalten wird, wer künftighin die Verantwortung für diesen amtlichen Stimmzettel tragen müssen. Wir, die wir mit „ja“ gestimmt haben, haben diese Verantwortung gerne getragen und es ist der Beweis erbracht worden, daß sich der amtliche Stimmzettel bewährt hat und wir können heute dem Hohen Landtag und der konservativen Hälfte in diesem Haus gratulieren, daß es ihr innerhalb von 4 Jahren möglich gewesen ist, sich der fortschreitenden Erkenntnis anzuschließen und heute dafür zu stimmen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch feststellen, daß ich zwar keine sehr hohe Schulbildung genossen habe, aber daß ich schon in der Volksschule gelernt habe, daß die Hälfte von 48 24 ist und daß das nicht die Mehrheit sein kann, wenn jedoch der Herr Landeshauptmann so rechnet, so nehme ich es gerne zur Kenntnis. Aber in der Öffentlichkeit ist jeder mit einfacher Volksschulbildung in der Lage auszurechnen, daß die Hälfte von 48 24 ist, davon kann sich das Auditorium selbst überzeugen. (Abg. Dr. Kaan: „Die Hälfte von 9 ist aber 5!“) Auf diese Dinge werde ich schon noch zu sprechen kommen, Herr Abg. Dr. Kaan.

Zur Frage der vor uns liegenden Wahlordnung ist ja schon Wesentliches gesagt worden. Die Ursache der Novellierung liegt darin, daß Termine angeglichen werden hinsichtlich der Nationalratswahlordnung und hinsichtlich der Gemeindevahlordnung und daß auch der Paragraph bezüglich der Heil- und Pflegeanstalten angeglichen wird, damit die einzelnen Wahlbehörden, die mit diesen Dingen zu tun haben, einheitliche Termine vorfinden, damit Irrtümer ausgeschlossen werden können. Was wir als sozialistische Fraktion bedauern, ist, daß es nicht möglich war, die Möglichkeit hineinzubringen, daß sich große Gemeinden, wie z. B. Graz, Leoben oder Kapfenberg sich der Adrema-Anlage bei Erstellung der Wähleranlageblätter zu bedienen. Es würde sich dabei für Graz eine Ersparung von $\frac{1}{4}$ Million Schilling ergeben. Es war das aber nicht möglich und es wird also in der gesamten Steiermark die Auflegung der Wähleranlageblätter wieder erforderlich sein.

Nun noch etwas hinsichtlich der Frage der Unterschriften und des Wahlkostenbeitrages von 2000 S. Wir waren hier der Meinung, daß man mit 100 Unterschriften und 1000 S. auch das Auslangen finden könnte, zumal jemand, der ernstlich gewillt ist sich an der Wahlwerbung zu beteiligen, sicherlich in der Lage ist, diesen Betrag aufzubringen.

Eine Frage, die ebenfalls zur Beratung gestanden ist, beinhaltet eine gerechtere Lösung zu finden, damit eine Benachteiligung hinsichtlich der Mandatsverteilung für andere Parteien auszuschließen ist. Darüber ist schon gesprochen worden. Ich kann mir

daher das Verlesen der Zahlen ersparen, muß aber dazu sagen, der Steiermärkische Landtag wird nicht umhin können, diese Frage, die zwar nicht unmittelbar eine Frage der Wahlordnung, sondern eine Verfassungsfrage ist und daher eine Zweidrittelstimmenmehrheit braucht, einmal zu erörtern, zumindest nach der durchgeführten Volkszählung im Juni 1961. Es ist nicht einzusehen, daß die Frage der Wahlkreiseinteilung — wenn auch in der Verfassung steht, daß ein Bundesland in Wahlkreise einzuteilen ist — eine so ungerechte ist, daß verschiedene wahlwerbende Gruppen benachteiligt werden. Bei dieser Einteilung der Wahlkreise ist ein Stimmengefälle von 3309 Stimmen zwischen der stimmenstärksten und der stimmenschwächsten Gruppe festzustellen. Wenn wir das auf die Sozialistische Partei umlegen, so kommt es dazu, daß z. B. in der Obersteiermark die Sozialisten bei 9 Mandaten um 29.731 Stimmen mehr aufbringen müssen gegenüber der ÖVP. Das sind 2 Mandate. Bezugnehmend auf das, was Dr. Kaan gesagt hat, daß nämlich das Wahlergebnis ein echtes Spiegelbild des Wählerwillens sein sollte, muß man trachten, zu einem weitgehenden Ausgleich zu kommen, damit die Mandatsanrechnung eine gerechtere wird. (LH. Krainer: „Das hängt doch von der Bevölkerungszahl ab!“) Ich danke für die Belehrung, ich wußte das bisher nicht. Es soll immerhin zu einem gerechteren Ausgleich kommen. Leider ist das eine Verfassungsfrage und von uns allein nicht zu ändern. Aber die zweite Möglichkeit, dieses Gefälle zu ändern, wäre die Erhöhung der Abgeordnetensitze von 48 auf 56. Dann würden von den steirischen Wahlkreisen auf die Obersteiermark, Graz und Umgebung je 3 Sitze entfallen, auf die Ost- und Mittelsteiermark je ein Sitz, so daß dadurch ein Ausgleich erfolgen würde, bei dem sich das Mittel bei 13.000 Stimmen bewegen würde. Auch das ist eine Verfassungsfrage, die wir nicht allein durchsetzen können, wenn es aber den Herren der ÖVP darum geht, einen gerechten Ausgleich zu schaffen, wird man sich um diese Frage nicht herumdrücken können.

Das letzte, was auch eine Verfassungsfrage ist, ist die Verlängerung der Legislaturperiode. Hier muß ich sagen, daß wir uns als Sozialisten sehr wohl dazu verstanden hätten, die Funktionsperiode zu verlängern, wenn mit dieser Verlängerung zumindest erreicht worden wäre, daß der Wahltermin der Landtagswahlen mit den Gemeinderatswahlen — ich verstehe hier die Spekulation der ÖVP sehr wohl — wenn schon nicht an einem Tag, so doch wenigstens innerhalb von 2 oder 3 Monaten sich abspielen würde, was der Demokratie nur förderlich wäre. Denn es ist bestimmt nicht sehr zweckmäßig, wenn jedes Jahr ein Wahlkampf stattfindet, sind doch Wahlzeiten immer Zeiten, in denen eine gewisse Unruhe in der Öffentlichkeit herrscht, politische Maßnahmen werden dann in den Vordergrund gezogen und andere notwendige Arbeiten und Maßnahmen bleiben in diesen Zeiten oft liegen.

Das sind die drei Probleme: Wahlkreiseinteilung, Mandaterhöhung und Verlängerung der Funktionsperiode. Wir haben gesagt, daß wir, wenn nicht eine echte Verbilligung dabei zustande komme, für

diese Verlängerung nicht stimmen würden. Daher war diese dritte verfassungsmäßige Frage im Zusammenhang mit der Wahlordnung 1960 nicht lösbar. Die übrigen Fragen sind ja einheitlich beschlossen worden und ich kann für die sozialistische Fraktion sagen, daß wir für diese Landtagswahlordnung 1960 stimmen werden in der Erkenntnis, daß sie dem Wähler draußen das ihm von der Verfassung zuerkannte persönliche freie und geheime Wahlrecht gewährleistet und im übrigen den mit der Wahldurchführung Betrauten die Handhabe bietet zu einer ordnungsgemäßen und sauberen Durchführung der Wahl. (Beifall bei SPO.)

Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Damit haben wir die heutige Tagesordnung erledigt.

Für die nächste Landtagssitzung werden schriftliche Einladungen versandt.

Die Landtagssitzung ist geschlossen.

(Ende 11.50 Uhr.)